

NIEDERSCHRIFT

47. Sitzung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses
am Mittwoch, den 22. April 2009 im Hodlersaal des Neuen Rathauses

Beginn 15.00 Uhr
Ende 16.50 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Seidel)	(CDU)
Ratsherr Blickwede	(SPD)
Ratsherr Dette	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Beigeordneter Engelke	(FDP)
Ratsherr Hanske	(SPD)
Ratsherr Hellmann	(CDU)
Ratsherr Hermann	(SPD)
Beigeordneter Küßner	(CDU)
Ratsherr Mineur	(SPD)
(Ratsherr Müller)	(SPD)
Ratsfrau Pluskota	(SPD)
Ratsfrau Westphely	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beratende Mitglieder:

Herr Francke-Weltmann
Herr Dipl.-Ing. Kleine
Herr Kracke
(Herr Dr. Stölting)
Herr Weske
Herr Winter

Grundmandat:

Ratsherr Förste	(DIE LINKE.)
Ratsherr Nikoleit	(Hannoversche Linke)

Gast:

Ratsherr Böning

Verwaltung:

Stadtbaurat Bodemann	
Herr Clausnitzer	Dez VI / PR
Herr Ziegenbein	Baureferat
Herr Heesch	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Frau Malkus-Wittenberg	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Zunft	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Herr Dr. Schlesier	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Frau van Zadel	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Herr Dr. Wolf	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Dr. Wegener	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Dr. Breyer	Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Herr Danschick	Fachbereich Panen und Stadtentwicklung
Herr Kumm-Dahlmann	Fachbereich Tiefbau
Herr Freiwald	Fachbereich Tiefbau
Herr Römer	Fachbereich Tiefbau
Herr Ebeling	Fachbereich Tiefbau
Herr Dix	Büro Oberbürgermeister

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Rates
2. Genehmigung von Niederschriften
 - 2.1. Genehmigung der Niederschrift über die 44. Sitzung vom 18.02.2009
 - 2.2. Genehmigung der Niederschrift über die 45. Sitzung am 04.03.2009
 - 2.3. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung
mit dem Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen am 18.03.2009
3. Anträge
 - 3.1. Dringlichkeitsantrag der Gruppe Hannoversche Linke
zu einer Resolution: Kein Abriss des Niedersächsischen Landtages!
(Drucks. Nr. 0439/2009)
 - 3.2. Antrag der CDU-Fraktion
zur Nachnutzung des EXPO-Geländes
(Drucks. Nr. 0444/2009)
 - 3.3. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum Fernwärmeausbauprogramm
(Drucks. Nr. 0478/2009)
 - 3.4. Antrag der Gruppe Hannoversche Linke.
zur sofortigen Schließung der Obdachlosenunterkunft Bunker
Welfenplatz
(Drucks. Nr. 0543/2009)
 - 3.5. Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsfraktion
zu Obdachlosenunterkünften im Stadtgebiet Hannover
(Drucks. Nr. 0644/2009)
 - 3.6. Antrag der CDU-Fraktion
zum Messe- und Kongressgeschäft in der Landeshauptstadt Hannover

(Drucks. Nr. 0757/2009)

- 3.7. Antrag des Rats Herrn Böning für ein Gutachten zum Boehringer Forschungszentrum (Drucks. Nr. 0542/2009)
- 3.7.1. Antrag des Rats Herrn Böning für ein Gutachten zum Boehringer Forschungszentrum (Drucks. Nr. 0542/2009 S1 mit 1 Anlage)
- 4. Flächennutzungsplan
- 4.1. 202. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover, Teilbereich 202.2: Kirchrode / "Forschungszentrum Bemeroder Straße" Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Drucks. Nr. 0136/2009 mit 5 Anlagen)
- 5. Bebauungspläne
- 5.1. Bebauungsplan Nr. 1708, Forschungszentrum Bemeroder Straße Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss (Drucks. Nr. 0137/2009 N1 mit 5 Anlagen)
- 5.2. Städtebaulicher Vertrag Bebauungsplan 1708 - Forschungszentrum Bemeroder Straße - (Drucks. Nr. 0140/2009 N1 mit 1 Anlage)
- 5.2.1. Zusatzantrag der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Drucksache Nr. 15-0640/2009) zur Beschluss-Drucksache Nr. 0140/2009 N1 (Städtebaulicher Vertrag Bebauungsplan 1708 - Forschungszentrum Bemeroder Straße -) (Drucks. Nr. 0140/2009 N1 E1 mit 1 Anlage)
- 5.2.2. Zusatzantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtbezirksrat Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Drucksache Nr. 15-0706/2009) zur Beschluss-Drucksache Nr. 0140/2009 N1 (Städtebaulicher Vertrag Bebauungsplan 1708 - Forschungszentrum Bemeroder Straße -) (Drucks. Nr. 0140/2009 N1 E2 mit 1 Anlage)
- 5.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1720 - Erweiterung Bauhaus; Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Aufstellungs- und Einleitungsbeschluss (Drucks. Nr. 0209/2009 mit 6 Anlagen)
- 5.4. Bebauungsplan Nr. 123, 1. Änderung - Schlägerstraße / Krausenstraße Bebauungsplan der Innenentwicklung Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Aufstellungsbeschluss

- (Drucks. Nr. 0402/2009 mit 4 Anlagen)
- 5.5. Bebauungsplan Nr. 1469, 2. Änderung; Göttinger Str./Elise-Meyer-Allee - Hanomag-Park -; Neufassung des städtebaulichen Vertrags
(Drucks. Nr. 0636/2009 mit 1 Anlage)
- 5.6. Bebauungsplan Nr. 1469, 2. Änderung -Göttinger Straße / Elise-Meyer-Allee -
Bebauungsplan der Innenentwicklung
Auslegungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0637/2009 mit 3 Anlagen)
- 5.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1679, Südbahnhof
Einleitungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0755/2009 mit 5 Anlagen)
- 5.8. Bebauungsplan Nr. 240, 1. Änderung, Salzmannstraße
Vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB
Satzungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0762/2009 mit 3 Anlagen)
- 5.9. Bebauungsplan Nr. 1726, östlich Hildesheimer Straße / Stadtgrenze Laatzen
Bebauungsplan zur Erhaltung von zentralen Versorgungsbereichen nach § 9 Abs. 2a BauGB im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB;
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0785/2009 mit 2 Anlagen)
- 5.10. Bebauungsplan Nr. 534, 2. Änderung, Am Brabrinke / Garvensstraße
im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB,
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0793/2009 mit 2 Anlagen)
- 5.11. Bebauungsplan Nr. 389, 1. Änderung - Neubau Zentrale HDI-Gerling -
mit örtlicher Bauvorschrift über Gestaltung,
Beschluss über Stellungnahmen, Satzungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0797/2009 mit 4 Anlagen)
6. Widmungen
- 6.1. Widmung von Straßen im Stadtbezirk Herrenhausen-Stöcken
(Drucks. Nr. 0575/2009 mit 4 Anlagen)
- 6.2. Widmung von Straßen im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld
(Drucks. Nr. 0580/2009 mit 3 Anlagen)
- 6.3. Widmung von Straßen im Stadtbezirk Ricklingen
(Drucks. Nr. 0584/2009 mit 3 Anlagen)
- 6.4. Widmung von Straßen im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt
(Drucks. Nr. 0585/2009 mit 3 Anlagen)
7. Straßen- und Wegebenennungen
- 7.1. Platzbenennung im Stadtteil List

(Drucks. Nr. 0504/2009 mit 1 Anlage)

8. Konzept zur weiteren Förderung der organisierten gemeinschaftlichen Autonutzung (CarSharing)
(Drucks. Nr. 0476/2009 mit 1 Anlage)
9. Fußgängerlichtsignalanlagen Burgwedeler Straße/ Varrelheide und Burgwedeler Straße/ Eichenweg/ Dachstrift
(Drucks. Nr. 0511/2009 mit 2 Anlagen)
10. Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen in der Landeshauptstadt Hannover;
Teilmaßnahme Deichverlängerung Ricklingen
(Drucks. Nr. 0638/2009 mit 5 Anlagen)
11. Ausbau von Fahrbahn und Nebenanlage der Wunstorfer Landstraße
(Drucks. Nr. 0653/2009 mit 1 Anlage)
- 11.1. Antrag Nr. 15-0726/2009 des Stadtbezirksrates
Ahlem-Badenstedt-Davenstedt zum Ausbau von Fahrbahn und Nebenanlage der Wunstorfer Landstraße
(Drucks. Nr. 0653/2009 E1 mit 1 Anlage)
12. Bericht der Verwaltung
13. Anfragen und Mitteilungen
- II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL
14. Bericht der Verwaltung
15. Anfragen und Mitteilungen

Ratsherr Blickwede eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde mit folgenden Änderungen genehmigt:

Tagesordnungspunkt 3.5.: zurückgezogen
Tagesordnungspunkt 3.6.: in die CDU-Fraktion
Tagesordnungspunkt 7.1.: in die FDP-Fraktion

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. **Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde
gemäß § 36 der Geschäftsordnung des Rates**

Keine Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern

2. Genehmigung von Niederschriften

2.1. Genehmigung der Niederschrift über die 44. Sitzung vom 18. 02.2009

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss genehmigte die Niederschrift einstimmig.

2.2. Genehmigung der Niederschrift über die 45. Sitzung am 04.03.2009

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss genehmigte die Niederschrift einstimmig.

2.3. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung mit dem Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen am 18.03.2009

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss genehmigte die Niederschrift einstimmig.

3. Anträge

3.1. Dringlichkeitsantrag der Gruppe Hannoversche Linke zu einer Resolution: Kein Abriss des Niedersächsischen Landtages! (Drucks. Nr. 0439/2009)

Ratsherr Nikoleit begründete den Antrag.

Beigeordneter Küßner entgegnete, dass die Stadt Hannover kein Mitwirkungsrecht habe. Hierbei treffe die Landesregierung Entscheidungen. Weiter merkte er an, dass der Bauausschuss des Landtages regelmäßig tage und man die dortigen Beschlüsse abwarten solle, bevor man sich einmische.

Ratsherr Dette gab an, dass seine Ratsfraktion mit der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen einer Meinung und gegen den Abriss sei.

Ratsherr Hermann meinte, dass auch er gegen die Resolution sei, obwohl er nicht gegen den Erhalt des Plenarsaals sei. Er wolle keine Festlegung treffen, was er auch entsprechend kommuniziere. Ihm liege daran, dass ein Architektenwettbewerb in Leben gerufen werde, der ein Ergebnis offen lasse unter Einbeziehung des Denkmalschutzes. Dies sei angemessen und richtig und finde Zustimmung in der SPD-Landtagsfraktion und den Kammern.

Er habe die Hoffnung, dass man mehrere gute städtebauliche Entwürfe mit unterschiedlichsten Möglichkeiten erhalte.

Beigeordneter Engelke gab an, dass er persönlich dafür sei, dort etwas Neues zu erbauen. Allerdings sei er auch nicht für überhastete Handlungen. Man müsse in Ruhe die Architekten-entwürfe abwarten und könne dann seine Meinung anbringen.

Ratsherr Hermann führte aus, dass das Benehmen mit der Landeshauptstadt Hannover hergestellt werden müsse. Das schaffe aus seiner Sicht die Möglichkeit einer Einflussnahme durch die Stadt.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss lehnte die Drucksache mit 0 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen ab.

3.2. **Antrag der CDU-Fraktion
zur Nachnutzung des EXPO-Geländes
(Drucks. Nr. 0444/2009)**

Beigeordneter Küßner begründete den Antrag.

Ratsherr Hermann meinte, dass man kein neues Konzept brauche. Er stellte klar, dass das Nutzungskonzept für das Expo-Gelände in der Planungshoheit der Landeshauptstadt Hannover sei. Nur wenn es Abweichungen vom regionalen Raumordnungsprogramm gebe, sei die Region zu beteiligen. Weiterhin gab er an, dass man vor rund einem Jahr bei der Ansiedlung eines großen Möbelhauses mit einem Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen konzeptionell das Gelände zukunftsfähig gemacht habe. Im Übrigen sei ein Großteil des Expo-Geländes gut belegt.

Beigeordneter Engelke gab an, dass auf dem Expo-Gelände nur dann etwas geschehen sei, wenn man teils Widerstand mit Sonderregelungen und nachträglichem Einvernehmen umgangen habe. Insofern könne man sagen, dass eine gewisse Zukunftsfähigkeit geschaffen wurde. Daher gebe es schon Zweifel, ob ein neuerliches Nachnutzungskonzept das Richtige sei. Er werde dem Antrag nicht zustimmen. Wissen wolle er, welche Kosten für die Instandhaltung, die ja in der Begründung zum Antrag genannt, tatsächlich anfielen oder ob diese zu vernachlässigen seien.

Stadtbaurat Bodemann gab an, dass für das Gebiet Planungsrecht vorhanden sei. Wenn man über neue Konzepte nachdenke, dann rücke sehr schnell Einzelhandelsnutzung in den Fokus. In großen Flächenstrukturen, wie dieser, sei das der Regelfall, dies sei aus Sicht der Verwaltung allerdings nicht die richtige Antwort. Wenn man das ausblende, dann habe man ein Gewerbegebiet, in dem niemand auf die Idee käme, einen Gewerbebetrieb die Genehmigung zu versagen, da es ja auch einen Rechtsanspruch auf Genehmigung gebe.

Man könne also darüber nachdenken, welches Konzept innerhalb des geltenden Planungsrechtes möglich sei. Fragen könne man aber auch, warum dieses Gebiet nicht so stark nachgefragt werde. Dabei gebe es Parallelen zu anderen Städten, wo diese Art der Gebiete ebenfalls nur schleppend nachgefragt werde.

Den Pflegeaufwand könne er aktuell nicht beziffern, dies müsse von der Union-Boden erfragt werden. Er meine allerdings, dass der Aufwand nicht sehr hoch sein dürfte.

Ratsherr Dette betonte, dass es nicht Ziel sein könne, diese Flächen zu vermarkten und zu bebauen. Man könne froh sein, dass man Reserveflächen habe, die man potentiellen Interessenten anbieten könne. Ihm sei nicht bekannt, dass man bisher interessierte Unternehmen nicht dort habe unterbringen können und woanders habe ansiedeln lassen. Er sehe eher, wenn man die Flächen jetzt mit Gewalt auf den Markt bringe, dass man dann für später kommende Interessenten kein Flächen mehr zur Verfügung habe. Insofern wolle er, um der Qualität willen, Ruhe bewahren.

Ratsherr Hanske meinte, dass auf dem Gelände viel geschehen und die meisten Flächen vermarktet seien. Wichtig sei, dass man sich Zeit lasse und im bestehenden Planungsrecht bleibe. Man könne feststellen, dass man mit der Fachhochschule interessanten Entwicklungspartner gefunden habe, der bereit sei auf dem Geländer weiter zu investieren.

Die vorhandene Konzeption könne sich im Bedarfsfalle angepasst werden. Es sei aber nicht so, dass man schlechte Entwicklungen auf dem Gelände habe. Es gebe andere Flächen in

Hannover, wo die sich Entwicklung weitaus schlechter darstelle. Er hoffe, dass de Stadt alles tun werde, dass bestehende Projekte zügig vorangetrieben werden.

Beigeordneter Kießner meinte, wenn ein Gelände zehn Jahr nicht genutzt werde, dann sei das keine langsame Entwicklung, sondern eine verschlafene Entwicklung für ein hervorragendes Gelände. Ihn interessiere schon sehr, dass die Entwicklung vorangehe und dafür brauche man ein neues Nachnutzungskonzept.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss lehnte die Drucksache mit 2 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen ab.

3.3. **Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum Fernwärmeausbauprogramm
(Drucks. Nr. 0478/2009)**

Ratsherr Dette begründete den Antrag.

Ratsherr Nikoleit begrüßte den Antrag.

Beigeordneter Engelke meinte, dass er den Antrag ablehnen werde, weil er in dem Antrag den Einstieg in einen Anschlusszwang sehe.

Beigeordneter Kießner gab an, dass man mit dem Antrag einhergehen könnte, wenn er so abgearbeitet werde, wie er geschrieben sei. Wenn allerdings ein Anschlusszwang daraus resultiere, dann werde man dagegen intervenieren. Wenn allerdings ein Kraftwerk da sei, dann werde man versuchen die produzierte Wärme auch zu nutzen, deshalb werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache mit 8 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 0 Enthaltungen zu.

3.4. **Antrag der Gruppe Hannoversche Linke.
zur sofortigen Schließung der Obdachlosenunterkunft Bunker
Welfenplatz
(Drucks. Nr. 0543/2009)**

Beigeordneter Kießner berichtete, dass man mit vielen Ratsmitgliedern die Unterkunft besichtigt habe und über die Regularien informiert worden sei.

Ratsherr Hermann meinte, dass man unterscheiden müsse, dass dieser Bunker keine Obdachlosenunterkunft sei, sondern eine Notschlafstelle. Man könne die Notschlafstelle nicht sofort schließen, weil man auf dieses Angebot nicht verzichten könne. Durch eine Berichterstattung auf Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, habe die Verwaltung sehr schnell und vorbildlich reagiert.

Derzeit liefen Gespräche, ob man eine bessere Möglichkeit für eine Notschlafstelle finden könne, daher meine er, dass der Antrag verfrüht sei und man die Ergebnisse der Gespräche abwarten solle.

Ratsherr Förste schloss sich den Ausführungen von Ratsherrn Hermann an und fügte hinzu, dass die Atmosphäre bei der Bunkerbesichtigung nicht angenehm gewesen sei. Man müsse eine Alternative finden, aber eine sofortige Schließung komme nicht in Frage.

Ratsherr Dette merkte an, dass die Besichtigung einen beklemmenden Eindruck hinterlassen habe. Eine Alternative müsse gefunden werden.

Beigeordneter Engelke gab an, dass ein derartiges Angebot erforderlich sei. Allerdings sei das Gebäude nicht optimal. Wenn eine andere Möglichkeit gefunden werde und nicht den Bunkercharakter habe, sollte diese genutzt werden. Bis dahin müsse die Notschlafstelle so erhalten bleiben.

Stadtbaurat Bodemann erinnerte an seine bisherige Berichterstattung und führte aus, welche Maßnahmen ergriffen worden sein sei. Weiter gab er an, dass die Verwaltung mit sozialen Trägern im Gespräch sei. Man müsse berücksichtigen, dass eine Notschlafstelle nach Möglichkeit an zentraler Stelle in der Stadt angeboten werden sollte.

Ratsherr Nikoleit betonte, dass er sich persönlich gegen den Antrag seiner Fraktionskollegen ausspreche.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss lehnte die Drucksache mit 0 Stimmen dafür, 9 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen ab.

3.5. **Dringlichkeitsantrag der CDU-Ratsfraktion
zu Obdachlosenunterkünften im Stadtgebiet Hannover
(Drucks. Nr. 0644/2009)**

Zurückgezogen

3.6. **Antrag der CDU-Fraktion
zum Messe- und Kongressgeschäft in der Landeshauptstadt Hannover
(Drucks. Nr. 0757/2009)**

Auf Wunsch der CDU in die Fraktionen gezogen

3.7. **Antrag des Ratsherrn Böning
für ein Gutachten zum Boehringer Forschungszentrum
(Drucks. Nr. 0542/2009)**

3.7.1. **Antrag des Ratsherrn Böning
für ein Gutachten zum Boehringer Forschungszentrum
(Drucks. Nr. 0542/2009 S1 mit 1 Anlage)**

Ratsherr Böning begründete den Antrag.

Beigeordneter Engelke meinte, dass die Vorgehensweise des Antragstellers verantwortungslos sei.

Ratsherr Hermann vertrat die Meinung, dass eine gewisse Janusköpfigkeit erkennbar sei. Die Stellungnahme der Verwaltung sei prägnant und richtig. Daher werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Ratsherr Böning erwiderte, dass der vorgeschlagene Kompromiss zeige, dass die WFH nicht gegen eine Ansiedlung sei. Aber der große Stall sollte woanders angesiedelt werden.

Ratsherr Dette merkte an, dass eine Anlage nicht sicherer werde, wenn man infizierte Tiere innerhalb der Stadt hin- und herfahre. Auch stünden die unnötigen Transporte einer artgerechten Tierhaltung entgegen.

Ratsherr Böning meinte, dass dies ein Gutachter entscheiden solle.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss lehnte die Drucks. Nr. 0542/2009 mit 0 Stimmen dafür, 10 Stimmen dagegen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss nahm die Drucks. Nr. 0542/2209 S1 zur Kenntnis.

4. Flächennutzungsplan

4.1. 202. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover, Teilbereich 202.2: Kirchrode / "Forschungszentrum Bemeroder Straße" Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Drucks. Nr. 0136/2009 mit 5 Anlagen)

Ratsherr Förste gab an, dass seine Fraktion sich klar gegen die Ansiedlung der Tierforschungsanlage ausspreche. Man nehme die Proteste und Bedenken der Bewohner sehr ernst.

Auch sei man gegen die ethisch und ökologisch bedenkliche Massentierhaltung und die Forschung an dieser Stelle, solle für die Massentierhaltung betrieben werden. Mit dieser Position sei man nicht alleine und auch der Kreisverband seiner Partei habe bereits vor einem Jahr die Pläne zu Ansiedlung abgelehnt. Weiter wies er darauf hin, dass bisher keine deutsche Stadt eine derartige Ansiedlung im Stadtgebiet aufnehmen wollte.

Weiterhin habe seine Fraktion ein großes Misstrauen dem Unternehmen gegenüber, welches in der Vergangenheit mit verschiedensten Skandalen ins Gerede gekommen sei. Seine Fraktion sei daher gegen eine Ansiedlung.

Ratsherr Hellmann gab an, dass seine Fraktion den Drucksachen und der Ansiedlung zustimmen werde. In seiner bisherigen Ratstätigkeit sei dies das für ihn komplizierteste und komplexeste Verfahren gewesen. Eine Flut von Telefonaten, E-Mails und persönlichen Gesprächen, aber auch Informationsveranstaltungen, brachten einen an die Grenze dessen, was man ehrenamtlich überhaupt leisten könne. Am Ende des Prozesses stehe aber ein klares „Ja“ zu den Drucksachen als politische Entscheidung für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hannover.

Trotz der kontrovers geführten Diskussionen würden die Betriebserlaubnisse durch die kompetenten Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden erteilt und da sei es gut zu wissen, dass man in Deutschland die wohl weltweit strengsten einschlägigen Vorschriften habe. Auch habe man in unserem Rechtsstaat die Möglichkeit im Zweifel die Entscheidungen auf

ihre Richtigkeit überprüfen zu lassen.

Das ein Familienunternehmen 14 Millionen Euro investieren wolle, sei zwar allgemein erkannt, aber wenn es nach der Bürgerinitiative gehe nicht in einem Wohngebiet. Dies sei der Kern der Argumentation gewesen, jedoch habe es lediglich einen Einwand aus dem Einzugsradius gegeben, eben weil dort praktisch niemand wohne.

Die unmittelbar anliegende „Lebenshilfe“, habe sich arrangiert und viele der eigenen Interessen fanden Berücksichtigung. Auch die Bürgerinitiative habe einiges, wenn auch nicht das Hauptziel erreicht. Es nicht obligatorisch, dass ein Investor seinem Mutterkonzern eine Patronatserklärung abringen konnte. Der Verwaltung müsse man sagen, dass sie zu Beginn des Verfahrens nicht optimal gehandelt, aber im Laufe des Verfahrens für Transparenz und plausible Unterlagen gesorgt habe, wofür ihr Dank gebühre.

Beigeordneter Engelke dankte der Verwaltung für die Vorlage gut aufgearbeiteter Drucksachen zu diesem schwierigen Verfahren. Die Entscheidung hier zu zustimmen sei schwierig gewesen, aber die Aufbereitung und die vielen Gespräche auch mit dem Unternehmen ließen ihn am Ende guten Gewissens zustimmen. Die Bürgerinitiative sei zwar nicht immer objektiv gewesen, habe aber aufgerüttelt und zu sachlicher Überlegung angeregt. Zu bemängeln sei, die anfängliche Intransparenz. Im Nachhinein habe es eine vorbildliche und nachvollziehbare Verfahrensweise gegeben.

Ratsherr Nikoleit gab an, dass seine Fraktion den Drucksachen nicht zustimmen werde. Es gehe dabei nicht um das Forschungszentrum an sich, sondern um den Standort, den man für ungeeignet halte.

Ratsherr Hermann merkte an, dass seine Fraktion schon bei der Vorstellung der Pläne intensiv diskutiert habe. Seine Fraktion halte es für eine gute Entscheidung für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hannover und meine auch, dass es in der Nähe zur Tierärztlichen Hochschule richtig angesiedelt sei. Die intensive Beschäftigung habe dazu geführt, dass man Eckpunkte fixiert und eingefordert habe. In der Abarbeitung dieser Punkte und die Einbindung in die Beschlussdrucksachen und auch die Ausarbeitung des Städtebaulichen Vertrages lassen erkennen, dass es keinen Zweifel an der rechtlich einwandfreien Vorbereitung gebe.

Ratsherr Dette bestätigte, dass man sich überwiegend von der Verwaltung gut informiert fühle. In Bezug auf die angesprochene Massentierhaltung, führte er aus, dass Impfungen für Tiere, auch die, die für die Fleischproduktion züchte, gesetzlich vorgeschrieben seien.

Ratsherr Böning gab an, dass die WFH nicht gegen das Forschungszentrum an sich sei, sondern gegen den gewählten Standort.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache einstimmig zu.

5. Bebauungspläne

5.1. Bebauungsplan Nr. 1708, Forschungszentrum Bemeroder Straße Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss (Drucks. Nr. 0137/2009 N1 mit 5 Anlagen)

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

5.2. Städtebaulicher Vertrag Bebauungsplan 1708 - Forschungszentrum

**Bemeroder Straße -
(Drucks. Nr. 0140/2009 N1 mit 1 Anlage)**

- 5.2.1. Zusatzantrag der SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat
Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Drucksache Nr. 15-0640/2009) zur
Beschluss-Drucksache Nr. 0140/2009 N1 (Städtebaulicher Vertrag
Bebauungsplan 1708 - Forschungszentrum Bemeroder Straße -)
(Drucks. Nr. 0140/2009 N1 E1 mit 1 Anlage)**
- 5.2.2. Zusatzantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtbezirksrat
Kirchrode-Bemerode-Wülferode (Drucksache Nr. 15-0706/2009) zur
Beschluss-Drucksache Nr. 0140/2009 N1 (Städtebaulicher Vertrag
Bebauungsplan 1708 - Forschungszentrum Bemeroder Straße -)
(Drucks. Nr. 0140/2009 N1 E2 mit 1 Anlage)**

Ratsherr Hermann erläuterte, dass seine Fraktion den Stellungnahmen der Verwaltung folgen wolle.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte den Drucksachen einstimmig zu.

- 5.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1720 - Erweiterung Bauhaus;
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit,
Aufstellungs- und Einleitungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0209/2009 mit 6 Anlagen)**

**Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne
Aussprache einstimmig zu.**

- 5.4. Bebauungsplan Nr. 123, 1. Änderung - Schlägerstraße / Krausenstraße
Bebauungsplan der Innenentwicklung
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit,
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0402/2009 mit 4 Anlagen)**

Ratsherr Förste bedauerte, dass die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger sowie die Bedürfnisse der Initiative zur Einrichtung eines Stadtteilzentrums nicht ernst genommen würden.

Ratsherr Hermann entgegnete, dass dies so nicht ganz korrekt sei. Im Bezirksrat sei unter anderem auch mit externer Moderation diskutiert worden, wie man die Situation in Richtung eines Stadtteilzentrums verbessern könne. Alle hätten deutlich gemacht, das man noch nicht das Optimum erreicht habe, aber auf einem guten Wege sei.

Wenn man die bisherig Fläche mit der neuen vergleiche, dass dies ei vielfaches davon sei. Weiter habe man fast geräuschlos die verfügbaren Mittel in Gegensatz zum letzten Jahr fast verdoppeln können. Dies sei insgesamt eine gute Chance das Vorhaben langsam zu entwickeln. Insofern sei es angemessen, die Bücherei im Bestandschutz zu erhalten und abzuwarten, was die Baugemeinschaft realisieren wolle.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache einstimmig zu.

- 5.5. **Bebauungsplan Nr. 1469, 2. Änderung; Göttinger Str./Elise-Meyer-Allee - Hanomag-Park -; Neufassung des städtebaulichen Vertrags (Drucks. Nr. 0636/2009 mit 1 Anlage)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache einstimmig zu.

- 5.6. **Bebauungsplan Nr. 1469, 2. Änderung -Göttinger Str. / Elise-Meyer-Allee - Bebauungsplan der Innenentwicklung Auslegungsbeschluss (Drucks. Nr. 0637/2009 mit 3 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

- 5.7. **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 1679, Südbahnhof Einleitungsbeschluss (Drucks. Nr. 0755/2009 mit 5 Anlagen)**

Ratsherr Dette bemängelte, dass der Beschluss zum Grünzug nicht berücksichtigt worden sei. Er bat darum, im weiteren Verfahren die bereits getroffenen Beschlüsse zu beachten.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache einstimmig zu.

- 5.8. **Bebauungsplan Nr. 240, 1. Änderung, Salzmannstraße Vereinfachtes Verfahren nach § 13 BauGB Satzungsbeschluss (Drucks. Nr. 0762/2009 mit 3 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

- 5.9. **Bebauungsplan Nr. 1726, östlich Hildesheimer Straße / Stadtgrenze Laatzen Bebauungsplan zur Erhaltung von zentralen Versorgungsbereichen nach § 9 Abs. 2a BauGB im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB; Aufstellungsbeschluss (Drucks. Nr. 0785/2009 mit 2 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

- 5.10. **Bebauungsplan Nr. 534, 2. Änderung, Am Brabrinke / Garvensstraße im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB, Aufstellungsbeschluss (Drucks. Nr. 0793/2009 mit 2 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

- 5.11. Bebauungsplan Nr. 389, 1. Änderung - Neubau Zentrale HDI-Gerling - mit örtlicher Bauvorschrift über Gestaltung, Beschluss über Stellungnahmen, Satzungsbeschluss (Drucks. Nr. 0797/2009 mit 4 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

6. Widmungen

- 6.1. Widmung von Straßen im Stadtbezirk Herrenhausen-Stöcken (Drucks. Nr. 0575/2009 mit 4 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

- 6.2. Widmung von Straßen im Stadtbezirk Buchholz-Kleefeld (Drucks. Nr. 0580/2009 mit 3 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

- 6.3. Widmung von Straßen im Stadtbezirk Ricklingen (Drucks. Nr. 0584/2009 mit 3 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

- 6.4. Widmung von Straßen im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt (Drucks. Nr. 0585/2009 mit 3 Anlagen)**

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

7. Straßen- und Wegebenennungen

- 7.1. Platzbenennung im Stadtteil List (Drucks. Nr. 0504/2009 mit 1 Anlage)**

Auf Wunsch der FDP in die Fraktionen gezogen

- 8. Konzept zur weiteren Förderung der organisierten gemeinschaftlichen Autonutzung (CarSharing) (Drucks. Nr. 0476/2009 mit 1 Anlage)**

Ratsherr Dette lobte das vorgelegte Konzept.

Ratsherr Hermann meinte, dass man in den innenstadtnahen Lagen einen erheblichen Druck habe. Er regte an, mit Diskountern in integrierten Lagen Kontakt aufzunehmen und zu erörtern, ob die Möglichkeit gesehen werde, für Car-Sharing Stellplätze zur Verfügung zu stellen.

Beigeordneter Küßner begrüßte das Konzept und ergänzte, dass er erwarte, dass die Verwaltung das Konzept weiter entwickel und regelmäßig zum Sachstand berichte.

Beigeordneter Engelke gab an, dass er sich noch unklar sei, über die Reservierung von Stellflächen im öffentlichen Straßenraum. Ansonsten begrüße er, dass die Verwaltung mutig vorangehe und das Thema forciere.

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache einstimmig zu.

9. Fußgängerlichtsignalanlagen Burgwedeler Straße/ Varrelheide und Burgwedeler Straße/ Eichenweg/ Dachstrift (Drucks. Nr. 0511/2009 mit 2 Anlagen)

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

10. Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen in der Landeshauptstadt Hannover; Teilmaßnahme Deichverlängerung Ricklingen (Drucks. Nr. 0638/2009 mit 5 Anlagen)

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

11. Ausbau von Fahrbahn und Nebenanlage der Wunstorfer Landstraße (Drucks. Nr. 0653/2009 mit 1 Anlage)

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

11.1. Antrag Nr. 15-0726/2009 des Stadtbezirksrates Ahlem-Badenstedt-Davenstedt zum Ausbau von Fahrbahn und Nebenanlage der Wunstorfer Landstraße (Drucks. Nr. 0653/2009 E1 mit 1 Anlage)

Der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss stimmte der Drucksache ohne Aussprache einstimmig zu.

12. Bericht der Verwaltung

Keine Berichte der Verwaltung

13. Anfragen und Mitteilungen

- Segelschule Nord

Beigeordneter Küßner fragte wer Verpächter der Segelschule Nord sei und wie die Pachtverhältnisse gestaltet seien.

Stadtbaurat Bodemann erwiderte, dass die Beantwortung im nichtöffentlichen Teil erfolgen werde, das es sich um Vertragsinhalte handele.

- Presseartikel in Stadtteilzeitung Nord

Beigeordneter Küßner bezog sich auf einen Presseartikel, in dem stünde, dass eine Immobilienfirma in Bezug auf die Bode-Panzer-Brache nicht gut auf die Stadt zu sprechen sei.

Stadtbaurat Bodemann gab an, dass die Fläche zwischen dem Entenfangweg und dem Schwellenlager der Bahn liege. Man hatte das Planungsziel nicht nur die Fläche Bode-Panzer, sondern auch die gegenüberliegende Fläche, welche durch die Firma Linde besetzt sei, aber auch die östlich angrenzenden Flächen der Firma Eilers mit Wohnungsbau zu entwickeln.

Das Gebiet insgesamt sei mit Emissionen und Altlasten durch die industrielle Nutzung befangen. Ausgehen von der Erwartung, dass die Firma Linde kurzfristig die nördlichen Flächen räume, hatte man mit dem genannten Investor Gespräche aufgenommen. Bedingung sei aber gewesen, dass die Firma Linde den Standort verlasse. Diese Situation habe sich jedoch geändert, da die Firma Linde geäußert habe, dass sie mindestens noch 5 – 10 Jahre am Standort bleiben wolle. Die Verwaltung prüfe derzeit, wie man zu der erwarteten Nutzung kommen könne.

- Weiteres Vorgehen Brückstraße

Beigeordneter Küßner bemerkte, wenn man die Brückstraße befahre, sofort feststelle, wann man in die Region komme. Dort sei die Fahrbahn eben und in einem guten Zustand. Im Bereich der Stadt Hannover sei der Zustand sehr schlecht.

Stadtbaurat Bodemann gab an, dass derzeit das Planfestellungsverfahren vorbereitet werde und die Maßnahme in den Haushalt 2010 eingestellt werde.

- Situation Rampenstraße

Ratsherr Nikoleit merkte zur Rampenstraße an, dass dort der rechte Teil der Fahrbahn sehr abschüssig sei und es zu ungewollten Situationen komme. Er bat darum, dass sich die Verwaltung dem annehme.

Stadtbaurat Bodemann erwiderte, dies klären zu lassen.

Ratsherr Blickwede schloss die Sitzung um 16.50 Uhr.

Bodemann
Stadtbaurat

Gillmeister
Schriftführer